

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 2

Artikel: Ursachen, Wirkungen, Alternativen
Autor: Jurjew, Dmitrij
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092831>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dmitrij Jurjew zu noch offenen Fragen nach den Dezemberwahlen

Ursachen, Wirkungen, Alternativen

Wie kam es zur Niederlage der Verfechter demokratischer Reformen? Den Schlüssel zur Antwort auf unsere Frage liefert vorab ein genauerer Blick auf die «demokratische» Bewegung, die laut allgemeiner Auffassung 1991 in Russland die Kommunisten von der Macht verdrängt und seither unumkehrbare demokratische Veränderungen durchgeführt hat. Wenn es jemals eine terrible simplification gegeben hat, dann hier.

In Tat und Wahrheit hat in Russland keine demokratische Machtübernahme und keine wesensmässige Veränderung des Gesellschaftssystems stattgefunden. Gewiss, das totalitäre Nomenklatursystem präsentiert sich unter einem namentlich im Westen freudig begrüßten neuen Aushängeschild, das auch Ansätze zu Privateigentum und einer Mehrparteienlandschaft beinhaltet. Doch wie wir immer wieder festzustellen veranlasst waren: Die herrschende Kaste der Partei- und Staatsnomenklatura hält nach wie vor die staatliche, politische und wirtschaftliche Gewalt fest in ihren Händen, während das Volk keine Handhabe besitzt, die Nomenklatura zur Berücksichtigung seiner Interessen zu zwingen.

Keine demokratischen Strukturen

Diese nüchterne Feststellung akzeptieren die wenigsten Beobachter. Sie machen geltend, dass sich das gesellschaftliche Leben durch die Rede- und Pressefreiheit, durch die Privatisierungsschritte und die demokratisch legitimierten Wahlen doch gewaltig verändert habe. Wir verneinen diese Phänomene nicht, geben aber zu bedenken, dass hinter diesen Ansätzen keine demokratischen Strukturen stehen. Eine breit verankerte, organisierte demokratische Bewegung existiert nicht, existierte auch damals nicht, als «die Demokraten» angeblich «an die Macht kamen». Die «Demokraten» hatten keine Infrastruktur, keinen Apparat, kein Programm. An die Macht gelangten Jelzin und Co. dank dem spontanen «Antinomenklaturismus» breiter Bevölkerungskreise. Es war nicht so, dass die Leute aufgrund theoretischer Überlegungen von den Vorzügen der klassischen liberalen Demokratie und der Marktwirtschaft überzeugt gewesen wären und sich für ihre

entsprechenden Rechte zu wehren entschieden. Nein, das Volk antwortete lediglich auf den Ruf, der Partei- und Staatsnomenklatura ihre angesammlten Vorrechte endlich wegzunehmen und «dem Volk zurückzugeben», was ihm gebühre. Das war die spontane russische Demokratie!

Inzwischen hat man freilich gemerkt, dass nach den zwei schweren «Reformjahren» die sprichwörtliche russische Fuhre sozusagen noch auf dem alten Fleck steht, während hinter dem demokratischen Aushängeschild die Nomenklatura weiter in ihre Taschen wirtschaftet und die Bevölkerung wie ehemals missachtet wird.

Wären die «Demokraten» im November/Dezember 1993 mit eindeutigen, allgemeindemokratischen Zielsetzungen aufgetreten, hätten sie glaubhaft gegen die Privilegien der alten Kaste Stellung bezogen und zugegeben, dass die bisherigen halbherzigen Reformen das Land noch nicht auf den Weg der verheissenen strukturellen Umgestaltungen gebracht haben, so hätten sie mit einem klaren Sieg entsprechend dem Referendum vom April rechnen können.

Das Versagen der «Demokraten» war es, was der LDPR von Schirinowskij zum Erfolg verhalf: Sie überliessen es in sträflicher Weise den Nazis, die Interessen des kleinen Mannes auf ihr Banner zu schreiben. Als verantwortungslose Demagogen scheuten sich die «Liberaldemokraten» nicht, die Unzufriedenheit der Bevölkerung über das Ausbleiben echter demokratischer Umgestaltungen für ihre Zwecke zu missbrauchen.

Die Wahlverordnung – undemokratisch, irreführend

Eine weitere Ursache liegt in der eigens für die ersten «demokratischen» Parlamentswahlen Russlands erarbeiteten Verordnung, die deutlich weniger demokratisch ist als das frühere Gesetz über die Wahlen der Volksdeputierten in der RSFSR. Sowohl der Majorz- als auch der Proporzteil bieten Probleme. Die Wahlen in den Einer-Wahlkreisen mit nur einem Wahlgang nach Majorzsystem erlaubten u.U. einem Kandidaten den

In Tat und Wahrheit hat in Russland keine demokratische Machtübernahme und keine wesensmässige Veränderung des Gesellschaftssystems stattgefunden.

Sieg, der ganze 10 % der Stimmenden (5 % der Wahlberechtigten des Kreises) für sich gewann. Ein zweiter Wahlgang hätte zudem viele Extremisten ausgeschaltet. Auch so schafften nur vereinzelte LDPR-Kandidaten das Rennen in den Einer-Wahlkreisen, während über die LDPR-Liste gut 70 Deputierte in die Staatsduma kamen. Bei der «Wahl Russlands» liegt das Verhältnis bei rund 40 Sitzen nach Parteilisten-Wahl und rund 50 Sitzen in den Wahlkreisen.

Die Einführung des «demokratischen» Proporzwahlsystems nach «Parteilisten» verkam zur Täuschung der Wähler und der öffentlichen Meinung. Denn in Russland gibt es keine eigentlichen politischen Parteien, die «von unten nach oben» gewachsen sind, die klare Züge und Schwerpunkte entwickelt haben und auch eine mehr oder weniger feste Wählerschaft haben, der sie Rechenschaft schulden. Die registrierten Gruppierungen entstanden grossenteils erst auf den 12. Dezember hin, und die Wähler mussten ihre Stimme Unbekannten auf einer der Listen geben, an deren Spitze zwei, drei aus den Medien bekannte Namen figurierten.

Die Medien als Rauchscheier

In genauer Umkehrung ihrer Aufgabe wirkten zudem die («demokratisch» eingestellten) Massenmedien im Vorfeld der Wahlen generell nicht als Orientierungshilfe, sondern nur zu oft als Rauchscheier, hinter dem die volksfeindlichen Kräfte sich der Macht nähern konnten. Ein Grund dafür war, dass viele russische Journalisten gerade in den elektronischen Medien meinten, sie müssten das Gebaren der westlichen Kollegen nachahmen, wobei sie allerdings vergassen, dass ihr einheimisches Publikum nicht wie die westliche Bürgerschaft aus existentieller Sicherheit heraus zuhören konnte, wie über Details und Nuancen in krisensicheren Strukturen debattiert wird...

Welche Folgen hat der Wahlausgang für Russland und die Welt? Wir erachten diese Folgen als äusserst ernst und als potentielle Bedrohung nicht nur Russlands, sondern der gesamten Welt.

Fortsetzung Seite 4

Die Wahlauftritte und Werbeclips der «herrschenden Demokraten» und ihr persönlicher Ehrgeiz gemahnten unangenehm an das Gebare der früheren KP-Spitze.

Erstens besteht kein Zweifel, dass das Parlament in seiner neuen Zusammensetzung keine Kompromisse mit dem Präsidenten schliessen wird, ausser er gebe die demokratische Grundlage der bisherigen Veränderungen auf. Mithin sind nur zwei Varianten denkbar: Entweder es kommt zu einer entsprechenden Einigung zwischen dem Präsidenten und der Duma, und dies heisst, dass die Reformen praktisch eingestellt werden, was den Zusammenbruch der Wirtschaft wie in der Ukraine und schwerste soziale Erschütterungen nach sich ziehen muss; oder der Präsident und die «Demokraten» beharren auf einer harten Position, was neuerliche schwere Konfrontationen garantiert, im Vergleich zu denen die früheren Auseinandersetzungen im Kongress wie das friedliche englische Parlament aussehen mögen.

Nazis und Nomenklatura – Russlands Ende und . . .

Zweitens ist eine gezielte Verstärkung der politischen Aktivität von Organisationen wie der LDPR zu erwarten. Damit werden sich diese nazistisch ausgerichteten Kräfte für die nächste Zukunft den realen Machtantritt – auch in der Exekutive – zu sichern suchen. Die Möglichkeit des Gelingens ist am analogen Weg der Hitlerpartei an die Macht 1933 ablesbar.

Und drittens müsste der reale Umbruch in der Entwicklung in Russland zugunsten der revanchistischen Kräfte der Partei- und Staatsnomenklatura – sei es in unverhüllter kommunistischer Form, sei es in der faschistischen oder einer kombinierten Form – beim heutigen sozioökonomischen Zustand Russlands und seiner internationalen Lage, namentlich auch bei der Situation an Russlands Südgrenze, unweigerlich ganz andere Auswirkungen nach sich ziehen als ein blosser Machtwechsel oder sogar die Errichtung eines neuen repressiven Regimes im Land. Wie die Logik der Entwicklung der Geschehnisse und eine Analyse der Situation zeigen, würde Russland im Falle des Machtantritts unverhohlenen revanchistischer Kräfte unrettbar auseinanderbrechen, es würde als historisches und als staatlich-ethnisches Phänomen verschwinden. Dafür gäbe es auf seinem Territorium ein Chaos von atomaren Drückern in Verbrecherhänden.

Was auf dem Spiel steht, sind mithin nicht irgendwelche politischen oder geopolitischen Varianten der Entfaltung der Lage, sondern die globale Zivilisation selber ist real bedroht, und dieser Bedrohung ist nicht mit Versuchen zur Isolierung Russlands oder mit machtpolitischen In-Schach-Halten beizukommen, denn solche Methoden sind nur

gegenüber einem einheitlichen Staat anwendbar, den eine verantwortliche und an Selbsterhaltung interessierte politische Elite lenkt.

Können Demokraten diese Bedrohung abwenden? Ist ein methodisches Vorgehen der Verfechter der Demokratie in Russland und ausserhalb denkbar, das Russland und die Welt vor der drohenden Vernichtung der Zivilisation am Ende des 20. Jahrhunderts bewahren kann? Wir meinen, dass diese Frage möglichst rasch und möglichst umfassend beantwortet werden muss, und zwar von Politikern und Gelehrten Russlands wie von allen, die sich der besonderen Tragweite des Problems bewusst sind.

Was Russland anbelangt, so müssen die Vertreter der «demokratischen Bewegung» unseres Erachtens mit radikalen und entschiedenen Schritten darauf hinwirken, wieder ein breit abgestütztes, sich gegen die Nomenklatura profilierendes Fundament dieser demokratischen Bewegung zu schaffen. Dazu gilt es, unverzüglich reale politische Organisationen (Parteien) demokratischer Ausrichtung zu gründen, die sich nicht auf diese oder jene Gruppierungen «an der Spitze», auf «Demokraten» in Regierungsämtern stützen, sondern auf systematisch erfasste und in ihren Parteiprogrammen wiedergegebene reale Forderungen der Bevölkerung von Russland. Dazu braucht es eine qualitativ neue Art von Beziehungen zwischen Politikern und Gesellschaft, die auf der objektivierten und effektiven Untersuchung der tatsächlichen sozialen Lage beruhen, auf einer Analyse der Geschehnisse und – unter Berücksichtigung von deren Resultaten – auf der Erarbeitung von Verhaltensmustern und einer politischen Sprache, dank derer die Politiker eine beiderseits bereichernde Kommunikation mit der Gesellschaft aufnehmen können.

Unseres Erachtens ist eben auf diesem Weg die wirksamste Zusammenarbeit der demokratischen Bewegung Russlands mit ihren Gesinnungsfreunden im Ausland denkbar. Dabei kommt es nicht in Frage, Russland ein simplifiziert verstandenes westliches Demokratie-«Know-how» überzustülpen. Die Probleme, die mit dem Geschick Russlands zusammenhängen, betreffen dieses Land ebenso wie die übrige Welt, und heute weiss niemand in Russland oder im Westen, wie sie zu lösen sind.

Und ganz konkret?

Ein konkretes Programm zur Umsetzung der dargelegten methodischen Prinzipien verfolgt unsere Gruppe mit der Schaffung einer Struktur, die die Bemühungen verschiedener bereits aktiver

Die Vertreter der «demokratischen Bewegung» müssen mit radikalen und entschiedenen Schritten darauf hinwirken, wieder ein breit abgestütztes, sich gegen die Nomenklatura profilierendes Fundament dieser demokratischen Bewegung zu schaffen.

Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit einer neuen Qualität der Massenmedien.

Ein konkretes Programm zur Umsetzung der dargelegten methodischen Prinzipien verfolgt unsere Gruppe mit der Schaffung einer Struktur, die die Bemühungen verschiedener bereits aktiver Zentren vereint und koordiniert.

Zentren vereint und koordiniert – eines Zentrums für Informationsanalyse, Volksbildung, Forschung und Publikation.

– Seit mehreren Jahren betätigen sich in Russland politologische Forschungsspezialisten, die soziopolitische Informationen exakt und objektiv verarbeiten und gültige Prognosen stellen. Bisher hatten diese Gruppierungen keine gemeinsame methodische und infrastrukturelle Basis.

– Die vorhandenen und neu entstehenden politischen und gesellschaftlichen Strukturen (s. oben) können von den Resultaten der soziopolitischen Forschungen profitieren und sich in ihren Aktivitäten darauf abstützen.

– Die Journalisten und weiteren Medienschaffenden sollten und werden lernen, die Ergebnisse der Informationsanalysten aufzunehmen und mit den praktischen Aufgaben zu verknüpfen, die die Förderung der politischen Prozesse auf eine echte demokratische Entwicklung hin beinhaltet.

Diese «aufklärerische Vereinigung» kann als gewichtiger Faktor zum Aufbau der demokratischen Strukturen in Russland beitragen und zudem jenen internationalen Kräften ihre fachliche Unterstützung anbieten, denen daran gelegen ist, der Bevölkerung Russlands auf dem Weg zur Volksherrschaft voranzuhelfen.

Im Rahmen unseres Projekts «Demokratieförderung» arbeitet die Initiativgruppe aus Wissenschaftlern und Politikern in Moskau (zu der als Koordinator auch der Verfasser dieser Zeilen gehört) mit verschiedenen Gremien und Einzelpersonen in Russland wie im Ausland zusammen, u. a. auch mit der Stiftung für Demokratie in Bern. Nach einer gewissen Verzögerung durch die Wahlen steht nun die Registrierung unserer Vereinigung bevor. Wir gehen übereinstimmend von der Lagebeurteilung aus, die das Zentrum RF-Politika letztes Jahr so formuliert hat: «Russland befindet sich ganz am Anfang des «Nullzyklus der Demokratie» – der ersten Etappe zur Schaffung der Grundlagen auf dem Weg zur Demokratie, ist also mitnichten bereits demokratisch! Der Weg dahin ist weit und äusserst schwierig und ist nicht in einem Jahrzehnt zu bewältigen.»

– Die Resultate der Dezemberwahlen haben erneut gezeigt, dass zur Abwendung der drohenden Machtübernahme durch den Faschismus sowohl Russland als auch die übrige Welt «gescheitert werden» müssen, d. h. lernen, die Wirklichkeit in ihrem vollen Umfang zur Kenntnis zu nehmen, sie zutreffend zu bewerten und aufgrund dieser Bewertung wirksam zu handeln.

(Übersetzung: HTD)